

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 30 Pf. (Postzusatz 30 Pf.). Einzelnummern 10 Pf. (Postzusatz 5 Pf.).

Wagnispreis: Die 4. Spezialnummer 20 Gelpfennig, die 4. Spezialnummer 20 Gelpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Gelpfennig. Sonstige und Platzgebühren nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 265. 84. Jahrgang. Telegr.-Nbr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend 14. November 1925

## Des Kanzlers Rede.

Zwischen dem 18. und dem 20. November werden die Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands in besonderer feierlicher Form ihre Stellung zum Vertrag von Locarno kundtun und besonders dazu, was die Rückwirkungen dieses Vertrages angeht. Infolgedessen kann man es verstehen, daß auch der deutsche Reichskanzler Dr. Luther bei der Rede, die er gestern im Verein Deutscher Kaufleute und Industrieller zu Berlin hielt, auf die Frage der Rückwirkungen nicht eingegangen ist, vielmehr für falsch, unvollständig oder schief erklärte, was bisher darüber in die Öffentlichkeit gebrungen ist. Gleich in der Anfang seiner Ausführungen stellte er aber den Satz, daß eine endgültige Stellungnahme zum Vertragswert vor Locarno erst angesichts des Gesamtstandes möglich ist. Er hat damit nur das unterstrichen, was die Regierung seit Abschluß der Verhandlungen von Locarno von allem Anfang an immer wieder gesagt hat. Dr. Luther will damit den Behauptungen entgegenwirken, daß die deutsche Regierung an diesem Standpunkt auch nur das geringste geändert habe, will auch auf den Vorwurf antworten, daß hier für Deutschland Untragbares unterzeichnet wird. Dr. Luther nimmt die volle Verantwortung für das auf sich, was seit Mitte Januar d. J. sich vollzogen hat, stellt aber diese Entwicklung in unmittelbarem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Abänderung des Versailler Vertrages durch den Dawes-Plan durch das Abkommen von Locarno. Gewiß mag der Vertrag von Locarno auch wirtschaftlich von Bedeutung sein — aber das wichtigste an ihm ist das Politische. „Nun ist es ganz unzweifelhaft, daß wir auch nach Unterzeichnung des Vertrages von Locarno von dem Ziele noch weit entfernt sind, daß das deutsche Volk den ihm nach seinen Leistungen und Fähigkeiten gebührenden Platz in der Gemeinschaft der Völker wieder einnimmt, und bis zur Erreichung dieses Zieles werden wir noch einen langen und mühsamen Weg zu gehen haben, den wir nur durch zähe Arbeit und hingebungsvolle Vaterlandsliebe zurücklegen können“, sagte der Kanzler.

Dr. Luther ist dann eingegangen auf die Frage der Rheinlandbesetzung, die ja für Deutschland vor ganz besonderer Wichtigkeit ist. Der Reichskanzler sagte mit scharfer Betonung: Das deutsche Volk kann zu einer inneren und äußeren Zustimmung zum Vertragswert von Locarno sicherlich nur gebracht werden, wenn es die Auswirkungen von Locarno in unmittelbarer Anschauung am Rheinland erlebt. Die Erfahrungen, die wir mit dem Vertrag von Versailles und der Auslegung dieses Vertrages durch einige der Siegerstaaten des Weltkrieges gemacht hätten, rechtfertigten den Argwohn, der gegenüber dem Verhalten der Besetzungsmächte entstanden ist. Es wird verstanden werden, wenn Dr. Luther ausdrücklich erklärt: „Wenn ich so in voller Übereinstimmung mit den Regierungen der anderen Länder jedes Verhältnis von Leistung und Gegenleistung zwischen dem Vertrag von Locarno und den Rückwirkungen, selbstverständlich auch mit der nach ganz anderen Gesichtspunkten zu beurteilenden Räumung der Kölner Zone ablehne, so ist außerdem noch zu sagen, daß das deutsche Volk eine grundsätzliche und wesentliche Veränderung der mit der Rheinlandbesetzung zusammenhängenden Frage erwartet.“

Weiter kennzeichnet der Kanzler den Vertrag von Locarno als eine Option, ein Entscheidungsrecht, bei dessen Ausübung für den Frieden, lehnt aber ausdrücklich ab, daß wir uns nach Westen oder Osten dadurch irgendwie festlegen. „Diese Option“, fährt er aus, „bedeutet den festen Entschluß, mit aller Kraft für die allgemeine Abrüstung einzutreten, die, und zwar im Einklang mit dem Vertrag von Versailles, als unerlässliche Ergänzung der deutschen Abrüstung anzusehen ist. Vor allem aber soll der Locarno-Vertrag ein Hindernis auf dem Wege zum Frieden in den großen internationalen Fragen sein. Deutschland will sich nicht in die Ecke stellen lassen, sondern es ist gesund genug und stark genug, an der zukünftigen Gestaltung der Welt mitzuarbeiten. An den Platz, der ihm gebührt. Dabei sind wir durch den Vertrag von Locarno in unserer Bestimmung geschützt und daher sicher vor Übergriffen, wie das Rhein- und das Ruhrgebiet sie noch bis vor kurzem haben erdulden müssen. Es ist vorbei mit den Allianzen im Westen, die die Niederhaltung Deutschlands als einziges Ziel hatten; die Politik der Diktate und Ultimaten, die sich auf eine einseitige Auslegung des Versailler Vertrages stützte, ist gleichfalls vorbei. Ebenso ist im Osten die Möglichkeit geschaffen, politische Interessensfragen in einem Ausgleichsverfahren ohne endgültige Bindung, zu behandeln; die neuen Bündnisse Frankreichs mit Polen und der Tschechei sind in das System des Völkerbundes eingegliedert und stellen ohne Zweifel eine Verbesserung der bisherigen Lage dar. Und das alles ist auch eine Verbesserung der Gesamtlage Deutschlands für seine Arbeit im Völkerbund, wobei wir es als ein Zeichen für die Erkenntnis der fremden Regierungen begrüßen müssen, daß eine Gesundung Europas ohne ein gleichberechtigtes Deutschland undenkbar ist.“

Locarno bedeutet, wie also Dr. Luther ausführte den Anfang einer Zusammenarbeit der Völker; in kurzer Frist werden die gegenseitigen Äußerlichkeiten vor einer endgültigen Entscheidung stehen. „Wie ich nach wie vor auf das Bestimmteste erhoffe, wird das deutsche Volk eines Tages für diese Gemeinschaftsarbeit durch die Maßnahmen erhalten, die alsbald auf dem Gebiete der Rückwirkungen erfolgen sollen.“

## Der Reichspräsident in Baden.

### Dr. Hellpach begrüßt Hindenburg.

Der Besuch in Karlsruhe.

Von Stuttgart kommend, wo ein Papsenstreik und ein Empfang im Weißen Saal des Neuen Schlosses den Besuch Hindenburgs beendete, ist der Reichspräsident am Donnerstag in Karlsruhe zum Besuch der badischen Hauptstadt eingetroffen, wo er von 1900—1903 gelebt hat. Wieder hatten sich viele Tausende vor dem Bahnhof in Karlsruhe eingefunden, die jubelnde Huldrie auf Hindenburg ausbrachten. Der Reichspräsident nahm die Huldigungen entblößtem Haupt entgegen. Auf der Fahrt zum Staatsministerium wurde das Auto mit Blumenkränzen überschüttet.

Bei einem Frühstück im Präsidialgebäude entbot Staatspräsident Dr. Hellpach dem Reichspräsidenten den Gruß der badischen Staatsregierung und fuhr dann fort:

Ihr Name, Herr Reichspräsident, bleibt für alle Zeiten das selbstherrliche Symbol des Volkes, in Waffen, das den heimatschirmenden Titanenkampf gegen eine Welt zu führen hatte und in Ehren geführt hat. In hohen Jahren, Herr Reichspräsident, haben Sie damals, jede körperliche Bequemlichkeit von sich weisend, die Führung der deutschen Heere übernommen. Ein Jahrzehnt danach sind Sie, über jede geistige Bequemlichkeit sich erhebend und nur dem Gebot der vaterländischen Pflicht untertan, an die Spitze der Nation getreten, die sich nach urealtem, wiedererstandenen germanischen Brauch und Recht durch eigene Wahl Sie zum Oberhaupt erkor. Der unbeirrte Dienst am Reich, der Ihnen vor allem anderen am Herzen lag, findet im badischen Lande das freudigste Verständnis. In diesem Lande, Herr Reichspräsident, stehen Sie auf einem Boden unbedingter Hingabe an das Ganze des Reiches. Das badische Land wünscht von ganzem Herzen, daß Ihr Name, Herr Reichspräsident, mit einer Epoche des deutschen Wiederaufbaus verknüpft sein möge.

Dr. Hellpach schloß mit einem Hoch auf Hindenburg

### Die Erwiderung des Reichspräsidenten.

Hindenburg dankte für die Begrüßungsworte, wobei er betonte, daß er sich gern der Jahre erinnere, die er als Divisionskommandeur in Karlsruhe verleben durfte. Der Reichspräsident stellte mit Genugtuung fest, daß das badische Land die Notzeit der Besetzung im wesentlichen überwunden habe und sich in aufsteigender Entwicklung befinde. „Mögen die nächsten Jahre“, so schloß Hindenburg, „dem Lande eine Zeit der Gesundung und weiteren Gedeihens bringen, in der — wie bisher in der Not — alle Bewohner des Landes sich freudig betätigen als treue Söhne und Hüter des Reiches, unseres gemeinsamen geliebten Vaterlandes. Mit diesem Wunsche ruhe ich: Das Badener Land lebe hoch!“

## Die deutsche Antwort befriedigend?

n. Berlin, 12. November.

Die Berichte aus Paris und London besagen, soll die deutsche Antwort auf die letzte Entlassungsnote der Vorkonferenz an beiden Stellen Befriedigung hervorgerufen haben. Verschleiernd wird in der ausländischen Presse berichtet, die vorläufig noch nicht veröffentlichte deutsche Antwort gestatte, am 1. Dezember die Räumungsarbeiten in der Kölner Zone zu beginnen. Die Vorkonferenz wird in Paris voraussichtlich Montag zusammentreten und ihre Entscheidung treffen. Die Veröffentlichung der Noten sowohl über die Räumung der Kölner Zone wie über die Rückwirkungen im Rheinland dürfte am Dienstag erfolgen. Unmittelbar nach dem Eintreffen der Noten wird das Reichskabinett zusammentreten, um festzustellen, inwieweit die in Locarno gegebenen Zusicherungen hinsichtlich der Rheinlandfragen von den Westmächten verwirklicht worden sind.

Inzwischen berät hier der Ministerrat des Reichstages über die Frage, ob die Locarno-Verträge einer Zweidrittelmehrheit bedürfen. Für die Reichsregierung ist es wertvoll, die Ansichten der Fraktionen rechtzeitig zu erfahren. Auch das Reichskabinett prüft die verfassungsrechtlichen Fragen.

### Deutschnationale Erklärung.

n. Berlin, 12. November.

Zu der gestern bekanntgewordenen Kundgebung einer Reihe von Herren, in der die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zu Locarno kritisiert wird, erfährt man von deutschnationaler Seite, daß die Unterzeichner zum Teil der Partei überhaupt nicht angehören und, soweit dies der Fall sein sollte, in ihr keine führende Rolle spielen. Eine besondere sachliche Auseinandersetzung mit den erhobenen Einwendungen erübrige sich zurzeit, da die Gründe, die zu dem Entschluß der Partei geführt haben, bekannt und eingehend öffentlich dargelegt worden sind. Am kommenden Sonntag beginnt der Deutschnationale Parteitag, der die letzte Entscheidung bringen soll.

## Zusammentritt des Reichstages am 20. November.

Berlin, 13. November. Der Ministerrat des Reichstages hat gestern nachmittag beschlossen, den Reichstag auf Freitag den 20. November 2 Uhr nachmittags einzuberufen. Am Freitag und Sonnabend werden der italienische und russische Handelsvertrag in erster Lesung beraten werden. Am Montag den 23. November beginnen die Beratungen über den Locarno-Vertrag. Die Frage, ob zur Annahme dieses Vertrages eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, wurde von keiner Seite im Ministerrat angeknüpft, da zurzeit noch das Tarifengutachten erwartet wird.

### Eine Chamberlain-Rede.

London, 12. November. Außenminister Chamberlain wird am kommenden Dienstag anlässlich der Eröffnung des englischen Parlaments eine große außenpolitische Rede halten, hierbei soll die Bekanntheit der Entscheidungen der Westmächte über den Gesamtimpuls der jetzt schwebenden Fragen aller Voraussicht nach erfolgen.

## Weitere Zuspitzung der Lage in China.

London, 13. November. Aus China sind Meldungen eingegangen, die besätigen, daß der General Fung in Peking die Macht ausübt. Nach der Absetzung mehrerer Minister, die in Schutzhaft genommen wurden, haben die Anhänger des Generals Tchang-So-Lin die Stadt verlassen, da sie befürchten, von Fung gefangen genommen zu werden. Die Meldungen aus Peking lassen erkennen, daß Fung über alle ausgegebenen Nachrichten eine strenge Zensur ausübt. Den Namen nach ist die bisherige Regierung noch im Amt, was jedoch das tun, was Fung anordnet. Tchang-So-Lin befindet sich mit größeren Truppenmassen im Anmarsch auf Peking. Ein Kavallerieregiment wurde bereits in der Nähe der Hauptstadt geschickt. Man rechnet schon für die nächsten Tage mit schweren Kämpfen in unmittelbarer Nähe von Peking. Die japanische Regierung beobachtet die letzten Vorgänge in China mit größter Aufmerksamkeit und hat sich gestern in einem Kabinettsrat dazu entschlossen, in die chinesischen Wirren einzugreifen, wenn das Leben und das Eigentum japanischer Staatsangehöriger gefährdet erscheint. Der Marineminister hat bereits umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um jederzeit eingreifen zu können. Mehrere Schlachtschiffe haben den Befehl erhalten, sich zur Abfahrt bereitzuhalten.

### Belagerungszustand über Peking.

Paris, 13. November. Nach einer Londoner Meldung hat die chinesische Regierung den Belagerungszustand in Peking proklamiert. Die chinesischen Minister haben ihre Demission gegeben.

## Zur Räumung Kölns.

Paris, 13. November. Der Londoner Havas-Berichter ist in der Lage, mitzuteilen, daß die deutsche Antwort an die Vorkonferenz, die Vorkonferenz v. Dorch gestern Briand überreichte, die Beibehaltung des 1. Dezembers als Datum der Räumung von Köln ermöglicht. Man ist in zuständigen englischen Kreisen der Ansicht, daß die Abschaffung der Berliner Kontrollkommission und die Räumung Kölns nicht gleichzeitig vor sich gehen soll. Man hält es für richtig, daß die Kontrollkommission in Berlin verbleibt, bis sämtliche von den Alliierten verlangten Maßnahmen in bezug auf die Räumung ausgeführt sind.

## Der deutsch-italienische Handelsvertrag.

Gegenseitiges Meistbegünstigungsrecht.

Der in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November unterzeichnete Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien ist in den beiden beteiligten Ländern nunmehr der Öffentlichkeit übergeben worden. Der Vertrag beruht auf beiderseitiger Gewährung der Meistbegünstigung. Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich, einander alle Vergünstigungen und Befreiungen zuzulassen, die sie einem dritten Lande in bezug auf die Einfuhr, die Ausfuhr, die Durchfuhr und überhaupt für die Ausübung von Handel und Gewerbe zubilligen.

Die Verhandlungen über den Handelsvertrag haben sehr lange Zeit in Anspruch genommen. Sie begannen im Anfang Dezember 1924. Am 10. Januar 1925 wurde dann ein Provisorium abgeschlossen, das immer wieder erneuert wurde, bis schließlich der Vertrag zustande kam. Die Verzögerung des Abschlusses ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß beide Länder erst eine Reform ihrer Zollgesetzgebung vornehmen mußten.

Zugeständnisse mußten Italien auf dem Gebiete der Automobilindustrie, der Industrie für Steine und Erden, insbesondere fürarmor, und der Kunstseidenindustrie ge-